

Bayerische Landfrauenvereinigung des KDFB e.V.

Redaktion:

Barbara Meier de Florez

Referentin der Bayerischen Landfrauenvereinigung des KDFB e.V.

Tel. 089/286 23- 724 (Mo. und Do.); E-mail: KDFB_Landfrauen@web.de



Pressemitteilung

11. April 2006

Frauen auf dem Land benachteiligt

München. Die Frauenpolitik der Europäischen Union nimmt eine Vorreiterfunktion für die nationale Gesetzgebung ein, stellte Professor Ursula Männle, stellvertretende Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung auf der Arbeits- und Programmkonferenz der Bayerischen Landfrauenvereinigung Anfang April in München fest.

Damit Fraueninteressen überhaupt wahrgenommen werden, müssten nach bisherigen Erfahrungen jedoch mindestens ein Drittel eines Entscheidungsgremiums mit Frauen besetzt sein. Deshalb appellierte Ursula Männle an die Frauen, sich in die Politik einzumischen und einen ausgeprägteres Machtbewusstsein zu entwickeln. Europaweit haben es Frauen im ländlichen Raum besonders schwer, dies zeigte die Referentin am Beispiel der schlechten sozialen Absicherung der meisten Frauen in der Landwirtschaft und der hohen Arbeitslosigkeit durch den massiven Rückgang der Landwirtschaft mit gleichzeitig fehlenden Job-Alternativen. Um zielgenau auch auf Bedürfnisse der Frauen politisch zu agieren, sollen die im März 2006 vom Ministerrat der EU beschlossene Aufschlüsselung künftiger Statistiken nach Geschlecht dienen. Von großem Vorteil wäre auch eine kontinuierliche und gezielte Lobbyarbeit der Verbände und Schützenhilfe zur Verbandsbildung aus den alten EU-Ländern für die Frauen der neuen Beitrittsländer. Die Bundes- und Landesvorsitzende der Bayerischen Landfrauenvereinigung, Maja May, zeigte sich offen für diese Anregung und bot der zweiten Referentin des Tages, Generalkonsulin Veneta Momtcheva aus Bulgarien ihre Unterstützung an. Diese stellte ihr Land, dessen EU-Eintritt für den ersten Januar 2007 geplant ist, in Form eines geschichtlichen Rückblicks mit zahlreichen Verbindungen zu Bayern vor. Sie beklagte die Alterdiskriminierung und hohe Dauerarbeitslosigkeit der Frauen in Bulgarien. Frauen auf dem Land tragen die größte Last der Wende, da sie mehrere Funktionen in Familie, Haushalt und Hof mittragen und kaum Zugang zu Bildung und Sozialleistungen haben. Von der Aufnahme des Landes in die EU erhofft sich die Generalkonsulin eine Verbesserung der dörflichen Infrastruktur und eine Stärkung der lokalen Selbstverwaltung, welche Fraueninteressen berücksichtigt.

Im Konferenzteil der Tagung äußerten die Diözesanvorstände dem Landesvorstand ihre Anliegen, darunter das langfristige Streben nach einem zeitgemäß klingenderen Namen für den Verband.

Pressemitteilung

17. Oktober 2006

Zu viele Hürden für junge Frauen und Familien auf dem Land

Die Situation der Familien auf dem Land beschäftigte die 90 Teilnehmerinnen der Landesdelegiertenversammlung der Bayerischen Landfrauenvereinigung des KDFB am 16. Oktober 2006 in Nürnberg.

Barbara Stamm, 1. Vizepräsidentin des Bayerischen Landtages, stellte in ihrer Ansprache fest, dass die meisten jungen Familien heute zwei Einkommen wollen und brauchen. Ohne eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für berufstätige Frauen und Familien, verlassen junge, gut ausgebildeten Frauen ihre Dörfer, welche langfristig aussterben würden. Das gerade eingeführte Elterngeld als Lohnersatzleistung reiche nicht aus, um junge Menschen zur Familiengründung zu motivieren. Barbara Stamm forderte die Frauen daher dazu auf, sich vehement für familienfreundliche Arbeitszeiten und die Vereinbarung von Beruf und Familie, sowie eine gerechte Arbeitsteilung zwischen den Ehepartnern einzusetzen. Sie kritisierte den Mangel an flexibler Kinderbetreuung mit Tagesmüttern, Kinderkrippen und Ganztagschulen im ländlichen Raum und rief die Frauen auf, für den Erhalt von wohnortnahen Kindergärten und Schulen zu kämpfen, auch wenn dafür Kompromisse eingegangen werden müssten. An die ältere Generation appellierte sie, sich um die eigene Altersvorsorge zu kümmern und sich gleichzeitig für Kinder, Jugendliche und junge Familien in ihren Familien und in der Gemeinde einzusetzen. Den Frauen legte sie eine tolerante Grundeinstellung zu den Entscheidungen der jungen Generation in Bezug auf Ehe, Familie und Berufstätigkeit nahe.

Bildungspolitik ist Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts

Barbara Stamm beklagte, dass in Deutschland 6,5 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze lebten, dies betreffe vor allem Kinder. Bildungspolitik sei daher die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. Sie sieht die Verbände gefordert, mit ihren Bildungs- und Freizeitangeboten Familien zu stärken, für familienfreundliche Arbeitsplätze zu kämpfen und die Kommunen dazu anzuregen, kinderfreundlicher zu werden und Familientische einzuführen.

Mehr Lobbyarbeit für Familien nötig

Im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2007 wies sie auf den abnehmenden Anteil der Familien und Kinder in der Gesellschaft hin, deren Bedürfnisse nur mit einer starken Vertretung durchgesetzt werden könnten. Daher appellierte sie an die Frauen, sich über Parteigrenzen hinweg geschlossen für die eigenen Bedürfnisse und die der Familien einzusetzen, sich politisch zu engagieren und gezielt Politikerinnen zu wählen.